

Wolfgang Potratz
Brigitta Widmaier

Die Europäisierung der Europäischen Union Überlegungen zur Integration Osteuropas

1. Die schwierige Rückkehr nach Europa ...

Die europäische Integration ist ins Stocken geraten. Die mit den Maastrichter Beschlüssen angestrebte Vertiefung der EG zur Europäischen Union fiel in eine lange Phase wirtschaftlicher Rezession, in der strukturelle Beschäftigungsprobleme zutage traten. Gleichzeitige Währungsturbulenzen und die nachhaltige Vertretung nationaler Interessen stellten den weiteren Fortgang dieses Prozesses in Frage. So war es nur konsequent, daß der scheidende Kommissionspräsident Jaques Delors auf der Sitzung des Europäischen Rates in Kopenhagen im Juni 1993 die Lösung der wirtschaftlichen Probleme der Union als die zentrale Frage für die Zukunft Europas formulierte. Aber er formulierte auch noch ein zweites Problem: nicht minder entscheidend sei, ob es gelänge, ein Konzept für ein Gesamteuropa zu entwickeln.¹

Das von Delors geforderte Konzept für Gesamteuropa kann zwei Prinzipien folgen: erstens, dem Prinzip klassischer internationaler Arbeitsteilung zwischen Zentrum und Peripherie, wie es auch schon das Europa der sechs dargestellt hatte. Zweitens, bietet sich das Prinzip eines Produktionsverbundes an, in dem die neuen Mitglieder Kunden, Konkurrenten und Partner zugleich sind. Eine klassische Arbeitsteilung würde für die Länder Mittel- und Osteuropas konkret eine Zukunft als verlängerte Werkbank Westeuropas bedeuten: der Westen stellt die Technologie, der Osten die billige Arbeitskraft - ein Modell, wie es durchaus auch aus früheren Phasen der bundesdeutschen Regionalentwicklung oder der "Süderweiterung" der EG bekannt ist. Ein Produktionsverbund dagegen bedeutete eine funktionale Verknüpfung von komplementären Potentialen, die regional tragfähige Entwicklungsperspektiven eröffneten, dies aber um den Preis regionaler Kooperation und damit verbundener Einbußen an nationalen Steuerungsmöglichkeiten, an gerade neu erworbener "Souveränität" also (oder, wie es ein Beobachter formulierte, an der "Illusion von Souveränität").

Die "Rückkehr nach Europa", für die Reformpolitiker in Mittel- und Osteuropa ein Wort wie "Wir sind ein Volk" in der zerfallenden DDR, gestaltet sich auf beiden Seiten schwierig. Der Umfang und die Inhalte der auf beiden Seiten notwendigen Veränderungen zeigen sich erst in vagen Umrissen. Vor allem aber erschwert das "Problem der Gleichzeitigkeit" des Wandels in verschiedenen Bereichen und auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen sowohl den analytischen wie den praktisch-politischen Zugang zu den Problemen in Mittel- und Osteuropas. In diesem Beitrag sollen Überlegungen zu den ökonomischen Integrationsprozessen und ihren sozialen und politischen Bedingungen angestellt werden. Skizziert werden einige Grundlinien der bisherigen Strategien zur Unterstützung der

¹ dieser Beitrag verarbeitet Gedanken einer ganzen Reihe von Autoren; namentlich möchten wir uns bei Michael Dauderstädt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, bedanken; aus der Literatur haben viel profitiert von den Arbeiten Claus Offes, des IfO-Instituts und der Forschungsgruppe Europa der Bertelsmann-Stiftung.

Reformstaaten und es wird kritisch gefragt, ob diese Strategien ausreichen, um dem notwendigen Wandel den nötigen Impetus zu geben.

2. Integration und ihre Kosten

Die alten Regime des Ostblocks garantierten vor allem eines: politische Stabilität. Das machte den wirtschaftlichen Austausch mit den westlichen Industriestaaten vergleichsweise einfach. Der Ostblock war ein guter Schuldner. Die Öffnung der östlichen Märkte für westliche Unternehmen und die Handels- und Kooperationsabkommen mit der EU bewirkten zwar eine Umlenkung der Import- und Exportströme, beförderten aber eben auch den Zusammenbruch heimischer osteuropäischer Produktionen. Die resultierende Arbeitslosigkeit, die in ihrer ganzen Breite noch längst nicht zutage getreten ist, und soziale Verwerfungen stellen die Stabilität der neuen demokratischen Reformregierungen immer wieder in Frage und zwingen sie zu Kompromissen mit einzelnen starken Interessengruppen. Das läßt eine langfristig angelegte Wachstums- und Innovationspolitik kaum zu und erzwingt geradezu suboptimale Strategien.

Für den Fall, daß sich politische und soziale Instabilitäten zu einer Stabilitätskrise verfestigen und eine Armutsgrenze in Europa errichten, werden umfangreiche Wanderungsbewegungen befürchtet. Die Befürchtungen richten sich dabei weniger auf die Wanderungen an sich - die Bundesrepublik beispielsweise könnte sich davon langfristig sogar Wachstumsgewinne erwarten - sondern auf die mit einer Armutswanderung, denn darum würde es sich in großen Teilen handeln, verknüpften Verteilungsprobleme. Eine andere Befürchtung ist, in ethnische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden. Das frühere Jugoslawien ist ein Beispiel dafür.

Die Reformstaaten stehen ebenso wie die Nachfolgestaaten der SU vor dem Problem gleichzeitiger makroökonomischer Stabilisierung und struktureller Anpassung. Weltbank, IWF und EBRD sehen die Kontrolle der Inflationsraten als den entscheidenden Hebel für eine makroökonomische Stabilisierung und binden dementsprechend ihre Hilfen an rigorose geld- und haushaltspolitische Restriktionen. Sie setzen auf ein "tiefes, aber schmales Tal der Tränen" durch schnelle Liberalisierung. Die strikte Budgetpolitik schneidet hauptsächlich in den ehemals breit gefächerten und direkt oder indirekt staatlich subventionierten Sozialbereich, und dies zu einem Zeitpunkt, wo eine Kompensation durch neue soziale Sicherungssysteme oder äquivalente Dienstleistungen bestenfalls auf dem Papier stehen. Auf dem Papier stehen auch noch die notwendigen administrativen Strukturen, insbesondere der Finanz- und Steuerverwaltung und im Bankensystem, so daß die Staatseinnahmen auch aus "technischen" Gründen nur tröpfeln. Gleichzeitig stellt diese Politik aber extreme Anforderungen an den politischen und gesellschaftlichen Konsens, der anfangs sicher gegeben war, nun angesichts der Kosten dieser Transformationsstrategie deutlich bröckelt. In den Nachfolgestaaten der SU ist dieses Problem noch ungleich schärfer, weil diese nie eine eigene Außenwirtschaftspolitik betrieben haben und institutionell vom Weltmarktgeschehen abgeschottet waren.

Da aber auch von Seiten EU-Europas unter diesen Bedingungen eine langfristig orientierte Politik kaum möglich ist, kann von einer "strategischen Logik" dieser Prozesse kaum gesprochen werden. Blicke der Lauf der Dinge weiterhin dem Markt allein überlassen, würde dies zu einer ungewollten Peripherisierung führen, die jedoch weder im Interesse der mittel- und osteuropäischen noch der westlichen Industrieländer liegen kann. Der strategische Dreh-

und Angelpunkt für die Haltung der Europäischen Union gegenüber den Reformländern ist Stabilität. Sie befindet sich damit allerdings in einem Dilemma: Die Stabilität der mittel- und osteuropäischen Länder hängt wesentlich von ihrer Integration in die westeuropäische Arbeitsteilung ab. Hier stößt sie aber auf die offen formulierten nationalen Eigeninteressen der Mitgliedsstaaten.

Zweifellos würde die Aufnahme zumindest der Visegrád-Länder (Polen, Tschechische und Slowakische Republik, Ungarn) in die EU eine Lösung darstellen, die allen Ländern Mittel- und Osteuropas ein klare Perspektive eröffnete. Auch wenn man diese Forderung unterstützt, so bleibt diese Lösung doch an zwei ganz entscheidende Voraussetzungen gebunden:

1. die Mitglieder der Europäischen Union werden sich von dem ausgefeilten System der Finanztransfers der Agrar-, Regional-, Sozial- und Strukturfonds und ihren geschützten Märkten verabschieden müssen, denn auch die im Vergleich zum übrigen Mittel- und Osteuropa relativ weit vorangekommenen Visegrád-Staaten sind noch bei weitem keine blühenden Industrielandschaften; die Chancen für Abstriche bei den Finanztransfers stehen allerdings noch schlechter als für institutionelle Reformen in der EU.
2. die Reformländer, für die die nationale Unabhängigkeit eine zentrale Motivation war, sich aus dem Ostblock herauszulösen und untereinander deutliche Grenzen zu errichten, werden zu einer grenzüberschreitenden Kooperation mit ihren Nachbarn zurückfinden müssen, denn Kooperation ist die raison d'être der EU - mehr noch als die Maastricht-Kriterien. Die Chancen dafür steigen mit den "Gewinnen", die eine Kooperation mit der EU anzubieten hätte.

Hier liegen die Ansatzpunkte für das von Delors geforderte gesamteuropäische Konzept, und nicht in der Diskussion Erweiterung oder Vertiefung. Denn was die Herausforderung der EU durch die mittel- und osteuropäischen Länder ausmacht, ist Vertiefung durch Erweiterung.

3. Es geht nicht nur um Geld

Die mittel- und osteuropäischen Länder sind bei ihren vielschichtigen Umstrukturierungsprozessen auf Hilfe von außen angewiesen. Wenn EU- Europa die Ziele einer politischen (demokratischen) und ökonomischen (marktwirtschaftlichen) Stabilisierung in Osteuropa ernst meint, sind Vorleistungen nötig, auch wenn die Hauptlast der Transformations- und Anpassungsprozesse nach wie vor bei den Ländern selbst liegt. Den gesellschaftlichen Konsens über eine neue politische und ökonomische Ordnung herzustellen, kann nur von den Akteuren im jeweiligen Land geleistet werden. Ihnen wird ihre Aufgabe noch erheblich durch die Tatsache erschwert, daß - wie man es in Polen inzwischen ausdrückt - momentan eher "der Tunnel am Ende des Lichts" sichtbar ist. Obwohl direkte finanzielle Hilfe als ein Mittel sicher unabdingbar ist und in vielen Bereichen zu einer Entlastung von wichtigen Aufgaben beiträgt, sind Direktinvestitionen in diesen Ländern und die Öffnung der Märkte im Westen sicherlich mindestens ebenso wichtige Instrumente im Transformationsprozeß.

Ähnlich wie in der Entwicklungshilfepolitik spielen die Weltfinanzorganisationen (Internationaler Währungsfonds(IWF), Worldbank) in den Reformländern eine wichtige Rolle. Inzwischen sind fast alle Staaten der Region Mitglied im IWF und werden bei ihren Transformationsprozessen von den Weltfinanzinstitutionen unterstützt. Obwohl oder gerade

weil diese Institutionen auf ihre Erfahrungen aus Stabilisierungsprogrammen der Dritten Welt zurückgreifen, sind die Erfolge ihrer Anpassungsprogramme in Osteuropa sehr unterschiedlich. Die hauptsächlich auf makro-ökonomische Stabilisierung gerichtete Politik der internationalen Finanzinstitutionen kann, wenn überhaupt, nur zu einem Wandel im ökonomischen Bereich beitragen. Die Transformation in Osteuropa vollzieht sich jedoch im ökonomischen, politischen und sozialen (gesellschaftlichen) Bereich gleichzeitig.

Eine strikte Finanzpolitik kann ohne grundsätzlichen Konsens von Politik und Unternehmen schwer durchgesetzt werden, zumal die institutionelle Verankerung in Bankensystemen und intermediären Organisationen erst am Anfang steht. Ebenso erfordern Maßnahmen der Regierungen aufgrund der erheblichen Belastungen, denen die Bevölkerung für lange Zeit ausgesetzt ist, einen gesellschaftlichen Grundkonsens. Ein gutes Beispiel für diese Problematik ist die Privatisierung, in der sich diese drei Teilaspekte widerspiegeln. Bisher jedenfalls haben die Menschen in Osteuropa die Freiheit mit einem enormen Rückgang des Lebensstandards eingetauscht und quittieren das in neuerer Zeit auch bei den Wahlen.

Durch die Fixierung auf eine strikte Finanzpolitik um jeden Preis sind strukturelle Veränderungen in den andern Bereichen, etwa in der Unternehmensstruktur und der Produktstruktur, die die Chancen auf Kooperation in einem umfassenderen Produktionsverbund erhöhen könnten, weitgehend auf der Strecke geblieben. Ein deutliches Beispiel hierfür ist Lettland, das zwar eine vergleichsweise niedrige Inflationsrate aufweisen kann, wo aber auch keine Investitionen stattfinden und andere gesellschaftliche Bereiche, wie etwa die Wissenschaft, ökonomisch ausbluten.

Eine entscheidende "Hilfe zur Selbsthilfe" im Transformationsprozeß Osteuropas stellt eine Marktöffnung von Seiten der EU dar. Inzwischen gibt es mit der Mehrzahl der ehemaligen Comecon-Staaten Abkommen. Die schon früh (Ungarn 1988, CSFR 1989) abgeschlossenen Handels- und Kooperationsabkommen sahen unter anderem "einen stufenweisen, nicht-reziproken Abbau spezifischer mengenmäßiger Importbeschränkungen der EG vor." Diese Verträge, wie z.B. auch das kürzlich mit den Baltischen Staaten abgeschlossene Freihandelsabkommen stellen Vorstufen zu Assoziierungsabkommen dar, die die Schaffung von Freihandelszonen zum Ziel haben. Alle diese Abkommen haben allerdings bisher einen entscheidenden Nachteil für die Reformländer. Gerade in den Industriebereichen, wo ein entwicklungsfähiges Potential der osteuropäischen Industrie vorliegen könnte, nämlich bei Erzeugnissen von Landwirtschaft, Stahl und Textilien, werden die Handelsbarrieren wegen der in der EU vorhandenen Überkapazitäten zunächst nicht oder nur sehr viel langsamer fallen .

Das auf Dauer vermutlich tragfähigste Instrument zur Beschleunigung der Transformationsprozesse sind Direktinvestitionen. Ob es sich dabei um Joint-Ventures, Übernahmen oder Beteiligungen handelt, viele dieser Projekte sind derzeit nicht mehr als Absichtserklärungen. Wo sie stattgefunden haben, ist der Schub von neuem Kapital, Technologie und Management-know-how in engen Grenzen geblieben. Dafür gibt es Gründe. Die Empfängerländer fürchten um ihre Souveränität und ökonomische Unabhängigkeit; potentielle Investoren sind zunächst zurückhaltend, weil Faktoren wie politische Stabilität, rechtliche Rahmenbedingungen und Infrastruktur in den Empfängerländern als nicht ausreichend wahrgenommen werden. Ihre Strategie läuft deshalb auf die Sicherung der Märkte durch Präsenz, Nutzung der Vorteile des noch billigen, aber qualifizierten Arbeitskräftepotentials und Abwarten hinaus. Eine andere, mehr psychologische Rolle von Direktinvestitionen wird dabei häufig unterschätzt: sie stehen stellvertretend für die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Systeme. Investoren können damit selbst die Einstellungen der Bevölkerung dazu formen helfen und zur Entstehung von modernen Unternehmenskulturen beitragen. Derzeit jedoch scheint es noch ein langer Weg zu sein, bis aus den Direktinvestitionen der "Katalysator ökonomischen Wandels" wird.

Eine Konsolidierung der heutigen Situation wird im wesentlichen davon abhängen, wie - ebenfalls auf beiden Seiten - Maßnahmen und Politiken auf einander abgestimmt werden. Ohne Zweifel tragen die internationalen Organisationen wesentlich zu einer Entlastung der Reformstaaten bei. Sie unterstützen eine kaum überschaubare Zahl von Projekten und Maßnahmen, die jedoch nur wenig untereinander koordiniert sind. Bei vielen Autoren, die sich mit der Problematik beschäftigen, wird deshalb immer wieder das Beispiel des Marshallplans herangezogen. Zweifellos fehlt ein derartiges Koordinierungsinstrument in der jetzigen Situation. Auch wenn heute die historische Konstellation eine andere ist, sollte vielleicht doch weiter über ein derartiges Koordinierungsinstrument nachgedacht werden, denn bei einer ungünstigen Entwicklung in den nächsten Jahren drohen noch weitergehende Erosionsprozesse in der Industrie, die nicht nur den weiteren Abbau von Produktionskapazitäten, sondern auch weitreichende Folgen für das Humankapital und die Technologieentwicklung der osteuropäischen Staaten haben werden. Wie schon am Beispiel des amerikanischen Maschinenbaus deutlich zu sehen war, gehen Fertigkeiten der qualifizierten Mitarbeiter in einer sehr kurzen Zeit verloren und es dauert Jahre, bis sie wieder aufgebaut sind. Die wichtige Wechselbeziehung zwischen technologischer Forschung und der Entwicklung neuer Produkte und Verfahren in der Industrie droht durch die desolante Situation der Wissenschaft in den osteuropäischen Staaten abzubrechen. Das hat nicht nur eine Erosion der umfangreichen Forschungspotentiale, sondern auch ein Zurückfallen in der Produktion von Hochtechnologie zur Folge. Ein Aufrechterhalten der wissenschaftlichen Potentiale und ihre Nutzung bei der Um- und Neustrukturierung der Industrie ist aber entscheidend für eine Integration in einen europäischen Produktionsverbund.

4. Keine Kunden ohne Konkurrenten

Der Marshall-Plan dient aber nicht nur als Beispiel für eine bessere Koordination. Wichtiger ist seine Philosophie: "The United States was not afraid of organizing its competitors but at the same time its trading partners, reflecting a far-sighted vision rare in history". Es mag ja sein, daß die Zeit für eine ähnlich weitreichende Vision noch nicht gekommen ist; aber wenn Gesamteuropa der Gefahr entgehen will, Instabilität aus Osteuropa zu importieren, sollten möglichst bald unternehmerische, nicht nur industriepolitische Anstrengungen aus

Westeuropa heraus unternommen werden, den Exportmarkt Osteuropa auch zum Partner - und damit natürlich auch zum Konkurrenten zu machen.

Die oben angesprochene Peripherisierung kann nicht ernsthaft das Ziel sein, zumal wir es bei vielen osteuropäischen Staaten mit in Teilräumen entwickelten Industrieländern zu tun haben. Sinnvoller scheint es, wie es bei der Herausbildung der neuen, großräumigen Wirtschaftsblöcke (NAFTA, Japan und seine asiatischen Nachbarn) beobachtbar ist, die Entwicklung darauf zu gründen, daß hochentwickelte Industriestaaten die Entwicklungspotentiale kleinerer, weniger entwickelter Industriestaaten für eine globale Produktions- und Handelspolitik nutzen. Vorläufig ist Osteuropa nur ein potentieller Markt; zu einem entwickelten Markt werden diese Länder nur werden, wenn eigene Kaufkraft gewährleistet ist. Für EU-Europa wird es deshalb darauf ankommen, gleichwertige Handelspartner zu gewinnen. Dies kann z.B. erreicht werden durch die Entwicklung eines Netzwerkes industrieller Produktion, das den Druck, dem die neuen Marktwirtschaften vom Weltmarkt her ausgesetzt sind, auffängt. Das würde nicht nur Osteuropa eine bessere Entwicklungschance bieten, sondern gibt auch, wie Dauderstädt argumentiert, der europäischen Industrie die Gelegenheit, ..."geographisch ihre Wertschöpfungskette so zu rekonstruieren, daß sie international wettbewerbsfähig wird oder bleibt."

5. Wir brauchen ein Konzept für Gesamteuropa!

Seit dem Fall der Grenzen hat die Europäische Union die Transformation der mittel- und osteuropäischen Länder mit erheblichen finanziellen Mitteln gefördert. Es sind Handels-, Kooperations- und Assoziationsverträge geschlossen worden, die die neuen Marktwirtschaften an den Gemeinsamen Binnenmarkt "heranführen" sollen und eine Integration in die Gemeinschaft vorbereiten sollen. Bereits die anstehende Aufnahme der skandinavischen Länder und Österreichs hat die seit langem fällige Debatte um eine Revision der Institutionen und der Entscheidungsstrukturen (z.B. über die Position und Rolle des Europäischen Parlaments, des Europäischen Rates, Struktur der Kommission, Entscheidungsmodi in der Kommission, etc.) neu auf die europäische Tagesordnung gesetzt. Aber während die Aussichten für eine institutionelle Reform gar nicht so schlecht sind, ist eine Einigung über die spätestens mit dem Eintritt des ersten Viségrad-Staates fällige Umverteilung noch nicht einmal vorstellbar. Zu klar und zu hoch sind hier die Grenzen zwischen den Interessenpositionen derer in der Gemeinschaft und derer außerhalb der Gemeinschaft. Noch nicht einmal die Handelsbarrieren für die aus Sicht einiger EU-Mitgliedsländer "sensitiven" Güter konnten niedrigergerissen werden!

Um noch einmal auf den Marshall-Plan zurückzukommen: dessen Stärke bestand nicht in erster Linie in seinem Finanzvolumen, sondern in seiner Philosophie und seiner Funktion als Koordinationsmechanismus. Es gab eine Instanz, die die Fäden in der Hand hielt und dafür sorgte, daß die verfügbaren Mittel dort ankamen, wo sie hin sollten: zu den Unternehmen. Die EU und die internationalen Finanzorganisationen halten Geld in der Hand, aber keine Fäden. Aber auch die Länder selbst sind dazu noch nicht in der Lage, weil ihre institutionellen Strukturen dazu noch nicht ausreichen; bisher sind kaum Instanzen anzutreffen, die einen Überblick über die reale Entwicklung der Industrien hätte und einen Gesamtzusammenhang zwischen den verschiedenen Politikfeldern herzustellen in der Lage wäre.

Aber gerade die internen politischen, administrativen und intermediären Strukturen sind stärker gefordert denn je. Ohne diesen notwendigen institutionellen Unterbau geht der makropolitische Ansatz der internationalen Finanzorganisationen an den historisch neuen Problemen der "Gleichzeitigkeit" von politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Transformation vorbei. Die Restrukturierung der Produktionskapazitäten, ihr Reflex auf die Unternehmensstrukturen, Arbeitsmärkte, Schattenwirtschaft und Versorgung ist nicht allein in statistischen Meßzahlen faßbar. Worauf es ankäme, wäre, die Länder bei der Entwicklung eines eigenständigen Gesellschaftsmodells zu unterstützen. Dazu müßte man allerdings die Scheuklappen "bewährter" theoretischer Modelle abwerfen. Nichts anderes hat der österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky gemeint, als er die Meßlatte künftiger europäischer Politik damit beschrieb, es müsse möglich sein, historisch gewachsene und kulturell bestehende Verhältnisse so in das gemeinsame Europa einzubringen, daß immer auch andere Verhältnisse als die westeuropäischen kultiviert und ausgebaut werden könnten.

Ein entwicklungsfähiger Wirtschaftsraum Europa beruht auf der funktionalen Verknüpfung von komplementären Potentialen. Eine europäische Volkswirtschaft wird deshalb kaum in Form eines hochentwickelten Zentrums und verlängerten Werkbänken in der Peripherie bestehen können. Die ökonomische Attraktivität billiger Arbeitskraft ist nur begrenzt, und auch das Setzen auf Rohstoffe ermöglicht keine zukunftssträchtige Entwicklung, wenn der spezifische Energie-, Stahl- oder Arbeitsanteil der auf dem Weltmarkt gehandelten Güter sinkt. Eine Chance dürfte eher in einer Reorganisation von Wertschöpfungsketten liegen, die anstelle eines nur finanziellen einen technologischen und Wissenstransfer gewährleisten. Der Wettbewerb zwischen Japan, Hongkong und Singapur hat mehr zur Entwicklung in Südostasien und seinen Märkten beigetragen als das billige Arbeitskräftepotential der Philippinen. Hier sind die Modelle zu suchen, weniger in postkolonialen Marktaufteilungsstrategien.

Die derzeit zögernde, weil strategisch unentschiedene Haltung der EU zu den neu geöffneten Ländern Mittel- und Osteuropas spiegelt sich in einer Zurückhaltung der Unternehmen wider, abzulesen an Umfang und Ziel ihrer Direktinvestitionen. Eine längerfristig abwartende oder auch nur unentschiedene Haltung gegenüber einer wie auch immer ausgestalteten Integration der mittel- und osteuropäischen Länder - und damit einer Europäisierung der europäischen Wirtschaft und Politik - würde allerdings genau die Befürchtungen Realität werden lassen, die oben skizziert worden ist: unkalkulierbare politische Instabilitäten und unkontrollierbare Wanderungen. Wenn es richtig ist, was André Sasz, Vorstand der niederländischen Zentralbank, sagt, Europa könne entweder Stabilität exportieren oder Instabilität importieren, sollte die Entscheidung eigentlich klar sein. Mit Blick auf "Maastricht II" geht es also, zusammengefaßt, darum, eine vernünftige, akzeptable Balance zwischen der ökonomischen und der politisch-sozial-kulturellen Entwicklung zu finden. Der Primat des Ökonomischen, der den (west-)europäischen Einigungsprozess bislang dominiert hat, ist an die Grenzen seiner Tragfähigkeit gestoßen. Integration und Transformation erfordern mehr als Strukturfonds; sie brauchen auch eine institutionelle Verankerung.

Die Autoren führen derzeit ein von der EU-Kommission finanziertes mehrere Länder umfassendes Projekt zur industriellen Entwicklung in Osteuropa durch. Ausgangspunkt ist die These, daß die Integration und die (Über-)Lebensfähigkeit der neuen Marktwirtschaften weniger auf einer geographisch erweiterten klassischen Arbeitsteilung beruht, sondern auf der Einbindung in eine neues europäisches Netzwerk industrieller Produktion.

Deshalb gilt es, die Bedingungen herauszufinden unter denen sich die innovativen industriellen Potentiale dieser Länder entfalten können. Auf der Ebene von Industriezweigen werden die Beziehungen zwischen Unternehmen und der technologischen und institutionellen Infrastruktur als Grundlage für industrielle Entwicklung und Innovationen untersucht. Ein Synthesebericht wird industriepolitische Strategien im Rahmen eines neuen europäischen/internationalen "web of industry" entwickeln.